Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Speech
Kiel, 08.10.2008

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Unterrichtssituation im Schuljahr 2007/2008

Das neue Schulgesetz bescherte vielen Schülerinnen und Schülern einen ganz besonderen ersten Tag nach den Sommerferien: sie mussten vielfach neue Gebäude und Konzepte erst einmal kennen lernen. Das tun sie aber, wie ich vielerorts gehört habe, mit großer Begeisterung.

Zu Beginn des neuen Schuljahres nahmen mit anderen Worten 35 Regionalschulen und 55 Gemeinschaftsschulen ihre Arbeit auf. Der vorliegende Bericht zur Unterrichtsversorgung im Schuljahr 2007/2008 spiegelt also eine schulische Wirklichkeit wider, die wir so in Schleswig-Holstein nicht mehr haben werden.
Der aktuelle Bericht zur Unterrichtsversorgung zeigt andererseits aber auch die Dynamik innerhalb des Schulsystems – soll heißen: die Entwicklung, die letztlich dazu beigetragen hat, dass es aus Sicht des SSW notwendig wurde, unsere Schullandlandschaft zu ändern. Ich möchte das an einer Zahl belegen und zwar den Rückgang der Hauptschüler um mehr als 10% von einem Schuljahr zum nächsten. Ähnliche Entwicklungen haben wir bereits im letzten Jahr im Bildungsausschuss diskutiert.
Der Bericht belegt außerdem, dass die Forderung nach individueller Förderung nicht neu ist. – Neu ist, dass sie nun zu einer tragenden Säule des neuen Schulgesetzes geworden ist. So nimmt die Zahl der Schülerinnen und Schüler ab, die wegen ihrer Behinderung separat beschult werden. Stattdessen werden diese Schülerinnen und Schüler über die Förderzentren dahingehend unterstützt, das sie in einer allgemeinen bildenden Schule integriert werden können. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Die konsequente Einschulung im sechsten Lebensjahr ist dagegen eine konkrete Folge des neuen Schulgesetzes. Laut Bericht gibt es erstmals keine Ausnahmen vom Einschulungsalter mehr, und genau dies ist ja auch gewollt. Dennoch sollten wir uns nach einer angemessenen Erprobungsphase im Bildungsausschuss berichten lassen, wie sich diese Neuerung vor Ort in den Schulen auswirkt. Im Ausschuss sind aus Sicht des SSW die“ klassischen Problemstellungen“, wenn es um den Bericht zur Unterrichtsversorgung geht – die Fragen der Lehrerausstattung und des Stundenausfalls – auch am besten aufgehoben, weil dort auch gleich detaillierter nachgefragt werden kann.
Tatsache ist aber, dass es in diesem Frühjahr eine aufgeregte öffentliche Diskussion über die Unterrichtsversorgung an den Gymnasien gegeben hat. Diese Diskussion hat nun dazu geführt, dass die Lehrerversorgung der Gymnasien aufgestockt wird mit zusätzlich 173 Stellen, wobei die Begründung die steigenden Schülerzahlen und nicht etwaige Defizite in der Unterrichtsversorgung ist. Wir werden sehen, ob damit Ruhe einkehren wird.

Der Bericht belegt einen weiteren Trend, der sich auch schon in den vergangenen Jahren abzeichnete: 7.711 Schüler lernen im aktuellen Schuljahr an beruflichen Gymnasien, das sind 6,5% mehr als im letzten Schuljahr. Ich bin sicher, dass die Verkürzung der Gymnasialzeit auf 8 Jahre dazu führen wird, dass sich diese Entwicklung weiter verfestigen wird. Daher fordert der SSW, dass es längerfristig auch andere Strukturen im Gymnasialbereich geben muss. Unser Ziel ist weiterhin eine Schule für alle – mit der Möglichkeit, dass sich Schülerinnen und Schüler nach der 9. beziehungsweise nach der 10. Klasse entweder für eine Berufsausbildung oder einen Gymnasialabschluss entscheiden kann.

Der nächste Bericht zur Unterrichtsversorgung wird sich wie erwähnt mit der neuen Schullandschaft in Schleswig-Holstein befassen. Auch die Diskussion um die gerechte Verteilung von Ressourcen wird dadurch eine neue Qualität bekommen. Daher als letzte Bemerkung die Feststellung, dass es aus Sicht des SSW wenig hilfreich ist, wenn die Kommunen jetzt mit dem von der FDP ins Spiel gebrachte Gutachten zur Konnexität mit der Brechstange operieren wollen. Der SSW setzt sich dafür ein, dass die Debatte um die Finanzierung der anstehenden Investitionen mit Augenmaß geführt wird. Die Aufregung, die jetzt in die anstehenden Verhandlungen getragen wird, ist der Sache völlig abträglich. Denn eine gute Gemeinschaftsschule trägt letztlich auch zur Weiterentwicklung der Städte und Kommunen bei.